



Selbsthilfeinitiative Zwänge, Phobien und Depressionen  
Dennis Riehle – Martin-Schleyer-Straße 27 – 78465 Konstanz

Landtag von Baden-Württemberg  
Petitionsausschuss  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart

Dennis Riehle  
Martin-Schleyer-Straße 27  
78465 Konstanz

Mail: [Riehle@Riehle-Dennis.de](mailto:Riehle@Riehle-Dennis.de)  
Web: [www.dennis-riehle.de](http://www.dennis-riehle.de)

Konstanz, 25 November 2021

## Petition an den Landtag von Baden-Württemberg Maßnahmenkatalog zur psychotherapeutisch-psychiatrischen Versorgung

Petitionslaut:

Der Landtag von Baden-Württemberg möge ein Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der psychotherapeutisch-psychiatrischen Versorgung im Land beschließen.

Begründung:

Aus der Erfahrung meiner Selbsthilfearbeit haben die Beratungswünsche von verunsicherten Eltern, deren Kinder im Rahmen der Pandemie zwanghafte, ängstliche oder depressive Symptome zeigen, während die Angehörigen mit dieser Situation oftmals vollkommen überfordert sind, in den letzten Wochen und Monaten ein dramatisches Ausmaß angenommen. Die seelischen Folgen der sozialen Isolation schlagen nun vollends durch. Diese Welle war absehbar – und trotzdem scheint das Versorgungssystem nun komplett überlastet. Nicht nur für einen Erwachsenen ist die Wartezeit auf einen Therapieplatz exorbitant gestiegen. Auch für Kinder und Jugendliche sind die entsprechenden Kapazitäten aus meiner Erfahrung nunmehr am Anschlag angekommen. Deshalb scheint ein rasches Handeln geboten, weshalb ich das Parlament auffordere, mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zu reagieren und zumindest folgende Schritte unverzüglich durch einen Beschluss auf den Weg zu bringen:

1. Die privaten Psychotherapeuten werden vorübergehend in die Regelversorgung einbezogen und nach dem Kostenerstattungsprinzip aus § 13 Abs. 3 SGB V.
2. Ermächtigung von (Instituts-)Ambulanzen der psychiatrischen Krankenhäuser zur vorübergehenden niederschwelligen Inanspruchnahme durch alle Patienten.
3. Aufstockung der Terminservicestelle der Kassenärztlichen Vereinigung.

4. Die Kommunalen Gesundheitskonferenzen werden ermutigt, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und sich in den Stadt- und Landkreisen für Folgendes einzusetzen:
  - a. Personelle und finanzielle Aufstockung der öffentlichen Psychologischen Beratungsstellen, der IBB, der SpDi und der Selbsthilfekontaktstellen.
  - b. Engere Vernetzung und Austausch in den Gemeindepsychiatrischen Verbänden.
  - c. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung kommunaler Beratungsangebote und über den Zugang zu Psychotherapie und psychiatrischer Versorgung für die breite Bevölkerung, beispielsweise durch Plakatkampagnen, Aufklärungsveranstaltungen und digitale Informationsangebote.
5. Einsatz für eine modernisierte Bedarfsplanung, die unter anderem berücksichtigt:
  - a. Tatsächliche Praxiszeiten von Psychotherapeuten und Psychiatern (ohne Neurologie) pro genehmigtem Sitz und entsprechende Ausgleichssitze bei unterdurchschnittlichen Präsenz- und Sprechstundenzeiten.
  - b. Stärkerer Ausgleich der Bedarfe zwischen Stadt und Land hin zu einer höheren Psychotherapeuten- und Psychiater-Dichte im Ländlichen Raum.
  - c. Bessere Orientierung der Sitzvergabe am jeweiligen Gesundheitszustand der Durchschnittsbevölkerung einer Bedarfsplanungsregion.
6. Engagement des Landtages für eine zunehmend Sektorenübergreifende Versorgung.
7. Erhöhung der finanziellen Förderung von ehrenamtlichen Projekten wie Antistigmatisierungsprogrammen, Selbsthilfeverbänden und Telefonseelsorge.
8. Anreize für das Medizinstudium und anschließende Facharztqualifikation zum Psychiater und zum Psychologiestudium mit entsprechender Ausbildung zum Psychotherapeuten bei gleichzeitigem Ausbau der Studienplätze in Baden-Württemberg.

Das Parlament möge sich über den Bundesrat zudem dafür einbringen, dass bundeseinheitliche Maßnahmen ergriffen werden, um der Überlastung des psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgungswesens entgegenzuwirken und proaktive Schritte gemeinsam gegangen werden.

Der Petent:

*Dennis Riehle*